

Brasilien Aktuell 2023



Die neue Zeit hat begonnen

Menschen aus dem Volk haben dem neuen Präsidenten Lula die Regierungsschärpe übergeben



**Soziale Bewegungen
und Gewerkschaften
kämpfen für
Demokratie und soziale
Gerechtigkeit**

Arbeitskreis im letzten Jahr / Lula wurde gewählt – und nun? / Situation in den Betrieben Daimler-Truck und BASF / neue Chancen für Gewerkschaften / Erwartungen von Arbeitnehmerinnen / Maßnahmen für die Ärmsten / Weltacker auf der Buga / Unwetterkatastrophe / Bahnprojekt / Brumadinho / Zukunft von Kindern / Yanomani-Indigene / Landlosenbewegung MST / Wohnungslosenbewegung MTST / BRICS Friedensinitiative / Sklavenarbeit bei VW / Freihandel EU-Mercosul

Redaktionsschluss 12. April

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

Der Arbeitskreis im letzten Jahr

Zusammensetzung und Versammlungen

Die Mitglieder sind aktuelle und ehemalige MitarbeiterInnen von Daimler-Truck in Mannheim und Wörth, auch von der BASF. Dazu Brasilianerinnen, die in Mannheim leben, und sonstige mit Brasilien Verbündete. Die monatlichen Versammlungen fanden gelegentlich digital statt. Das hatte den Vorteil, dass eine deutsche Frau, die in Brasilien arbeitet, einige Male teilnehmen konnte. Hin und wieder hatten wir Besuch von jungen Metallarbeiterinnen.

Kontakte mit Brasilien Es gab einen laufenden Austausch via E-mail und Facebook und die tägliche Lektüre der Veröffentlichungen auf den Webseiten der Gewerkschaften, um über die Entwicklung des Landes unterrichtet zu sein; auch „portal america 21“ hat uns dazu viel geholfen. Hin und wieder auch die Teilnahme an Seminaren und die persönlichen Begegnungen.

Veranstaltungen Dreimal haben wir Veranstaltungen in der Mannheimer Öffentlichkeit durchgeführt:

Im Juni berichtete **Monika Ottermann** über die Kämpfe der **Wohnungslosen** (MTST) in Brasilien. Beeindruckend die Darstellung der sogenannten „Solidarküchen“!

Im September schilderte in Zusammenarbeit mit der Jugendvertretung des DGB **Frederico von der Landlosenbewegung MST** die aktuellen Kämpfe dieser Bewegung; vor allem ging er darauf ein, wie unter dem Präsidenten Bolsonaro die sozialen Bewegungen im Lande unterdrückt werden und wie diese sich dagegen wehren.

Im November legte **Christian Russau** die Ergebnisse des 2. Wahlganges dar. Was bedeutet der Sieg Lulas für die Entwicklung des Landes, welche Verbündete hat er, um seine Versprechungen zu realisieren?

Unser Beitrag zum Wahlsieg Lulas Mehrere Male konnte der AK den Wahlkampf von Lula unterstützen: durch einen inhaltlichen Beitrag bei einer Kundgebung in Frankfurt und durch Grußbotschaften mit Hilfe von Videos, in denen wir darstellten, warum Lula gewählt werden sollte.

Konkrete Unterstützung bei Arbeitskämpfen Im Juni wurde in Mannheim der Abbau von mehr als 1000 Arbeitsplätzen im Rohbau durch die Verlage-

rung nach Tschechien verkündet. Im September gab die Werkleitung in Brasilien bekannt, sie wolle 3 600 Arbeitsplätze durch Umorganisieren vernichten. In beiden Fällen konnte der Arbeitskreis Bekundungen von Solidarität durchführen und anregen, vor allem auch die örtliche Gewerkschaftsleitung und die Betriebsräte einbeziehen. Solidaritätsbriefe wurden nach Brasilien und von dort verschickt und hier dann weitergeleitet.



Infostand am 1. MAI 2022

Zusammenarbeit mit anderen Gruppen Mitglieder des AK nahmen an den Jahresversammlungen der „Amigos do MST“ und von KOBRA teil. In Mannheim ergab sich eine gute Zusammenarbeit mit dem „Eine Welt Forum“, was sich im Laufe dieses Jahres in der BUGA in der Mitarbeit auf dem „Weltacker“ noch zeigen wird. Auch bei den Veranstaltungen von „Fridays For Future“ waren wir dabei mit Forderungen insbesondere gegen den Regenwaldabbau im Amazonasgebiet.

Besuche von Brasilianern In Zusammenhang mit der Teilnahme von Aroaldo und Maicon an der Sitzung des Weltkomitees der Beschäftigten von Daimler Truck konnte ein mehrstündiges Gespräch mit den beiden in Karlsruhe stattfinden.

Seminare Mehrmals wurde der AK zu Beiträgen auf Seminaren der IGMetall eingeladen.

Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit unseren brasilianischen Freunden sind für uns weiterhin sehr wichtig und ermutigend.

Kontaktadressen: Angela HIDDING, Langstr.11 -13, 68169 MANNHEIM Tel 0621 35 973; E-Mail: HiStaMa@t-online.de
Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 LUDWIGSHAFEN 0621 69 98 61, email: F.Hofmann-Lu@t.online.de

In den letzten Jahren hat das brasilianische Volk unvorstellbare, surreale Ereignisse erlebt. Wir haben mit Erstaunen beobachtet, wie eine gewählte Präsidentin durch politische Manöver mittels eines Amtsenthebungsverfahrens ihres Amtes enthoben wurde; wir haben unter der ungerechtfertigten Inhaftierung von Luiz Inácio Lula da Silva gelitten; wir haben von den politischen Intrigen und Verfolgungen von Gegnern durch das "Lava Jato" erfahren, dass Lula durch schurkische und opportunistische Richter ohne konkrete Beweise für 580 Tage im Gefängnis war; wir haben mit Besorgnis den Aufstieg von Jair Bolsonaro an die Macht beobachtet, der von verlogenen Medien, einer ausbeuterischen Elite und fanatischen Anhängern unterstützt wird; wir haben schockiert gesehen, wie die Gewalt und Intoleranz im Lande zunehmen; wir haben beobachtet, wie sich der Extremismus in der brasilianischen Gesellschaft verfestigt; wir spüren die Aggression der Rechten auf unserer Haut, nur weil wir die Farbe Rot tragen; wir trauern über den Tod von über 700.000 brasilianischen Opfern von Covid 19, während ein Präsident das Leiden der Menschen verspottete und verachtete.

Die letzten vier Jahre waren schrecklich für das brasilianische Volk! Bolsonaro zerstörte die bereits erreichte Sozialpolitik, kürzte Projekte, die die Bevölkerung unterstützten, der Hunger kehrte zurück, die Arbeitslosigkeit stieg. Bolsonaro dezimierte, zerstörte, zerbröselte ein Land, das die Hungerkarte der UNO verlassen hatte, die sechstgrößte Wirtschaft der Welt war und in der internationalen Gemeinschaft Respekt genoss. Vier weitere Jahre Bolsonaro und das Land, wie wir es kannten, würde aufhören zu existieren! Nur Lula hätte die Kraft und das Charisma, verschiedene Gruppen in einer großen Front zu vereinen, um die extreme Rechte zu besiegen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit standen auf dem Spiel. Und Lula gewann eine Wahl mit knappem Ausgang.

Aus Unzufriedenheit über die verlorene Wahl kampferten die Anhänger Bolsonaros, die von skrupellosen Geschäftsleuten finanziert wurden, vor Militärcasernen und forderten ein militärisches Eingreifen. Politische Angriffe begannen in Brasilien ungehindert stattzufinden, ohne dass die Polizeibeamten eingriffen.

Lula kehrte in die Arme des Volkes zurück und wurde in einer bewegenden Zeremonie vereidigt, deren Szenen in der ganzen Welt übertragen wurden.

Eine Woche später stürmten die Anhänger Bolsonaros den Amtssitz des Präsidenten, den Kongress und das Bundesobergericht. Wütend zerstörten sie alles, was sie sahen, mit Duldung von Polizeibeamten, die diese Einrichtungen schützen sollten.

Die Extremisten haben gehofft, dass sie von den Streitkräften unterstützt würden und es ihnen gelingen würde, Lula vom Präsidentenamt zu verdrängen. Ein erster gescheiterter Putschversuch!

Was hat sich mit der Wahl von Lula geändert?

Wo sind die Anhänger Bolsonaros? Herrscht jetzt wieder Freude im Land? Lula hat eine große Anzahl engagierter Minister gewählt. Viele Brasiliener sagen, "Lula hat bereits in 4 Monaten geschafft, was Bolsonaro in 4 Jahren nicht geschafft hat!"



Und es ist wahr: In kurzer Zeit brachte Lula Projekte wie "mein Haus, mein Leben", "Familienhilfe" mit einer Erhöhung von 150 R\$ pro Kind bis zu 6 Jahren und "mehr Ärzte" für die bedürftige Bevölkerung ins Leben. Die Wiederaufnahme stillgelegter Bauarbeiten, Schulesen für die Kinder, die Erhöhung des Mindestlohns, Soforthilfe für das Volk der Yanomami, die Ausweisung von Minenarbeitern aus indigenen Gebieten und Maßnahmen zum Schutz des Amazonasgebiets waren einige Maßnahmen, die bereits kurzfristig ergriffen wurden. Trotz der Unterstützung Lulas durch einen großen Teil der Bevölkerung haben die Aktionen der extremen Rechten jedoch zugenommen, insbesondere in den sozialen Netzwerken. Fake News statt Nachrichten, ein Kongress, in dem ein großer Teil der Parlamentarier dem ehemaligen Präsidenten treu ergeben ist, die parteiische Presse und die Elite, die die Regierung Lula boykottiert, sowie die ständige Drohung mit einem Staatsstreich sind noch Teil des brasilianischen Lebens. Bis jetzt hat sich nicht viel geändert. Der brasilianische Widerstand ist präsent und unterstützt Präsident Lula. Wir kämpfen weiter für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Brasilien!

Werk Daimler-Truck in São Bernardo

Noch ist die Situation im Betrieb nicht abschließend geklärt. In einer Betriebsvereinbarung ist vorgesehen, dass bis zu 1.500 Kolleginnen und Kollegen, davon 1.000 gewerbliche, einen Aufhebungsvertrag unterzeichnen sollen.



Bis heute haben 1.262 Kolleginnen und Kollegen davon Gebrauch gemacht, 500 davon aus der Produktion. Auch aufgrund sinkender Stückzahlen für das zweite Halbjahr geht das Unternehmen weiter von einem erheblichen Überhang an Arbeitskräften aus. Diese Frage gilt es gleich nach den Betriebsratswahlen anzugehen.

Für die Wahlen selbst sieht es gut aus: Zur Wahl tritt nur eine Liste an, mit der wir mehr als 50 % der ausgezählten Stimmen erreichen sollten. Unsere Gewerkschaft hier vor Ort arbeitet daran, dass der Kollege Moisés Selerges wieder zum Vorsitzenden der Gewerkschaft gewählt wird. In der Politik stehen die Zeichen auf Wandel, auch wenn dieser

nicht so schnell geht, wie wir uns das wünschen. Die Wirtschaft kämpft noch mit den Folgen der Regierung Bolsonaro, vor allem dem Wechselkurs und der Preisbildung für Erdöl. Bei Erdöl ist erst im April eine Änderung der bestehenden Vorgaben möglich. Erst dann können die Gesetze entsprechend geändert werden. Im Bereich Geldmarktpolitik fordern viele vom Präsidenten der brasilianischen Zentralbank eine Zinssenkung. Er wurde noch von Bolsonaro eingesetzt und kann er erst in zwei Jahren abgelöst werden.

Im Werk hoffen wir, Rechte durchsetzen zu können, die wir seit dem Putsch gegen Präsidentin Dilma Rousseff (2016) unter ihren Nachfolgern Temer und Bolsonaro verloren haben.

In der diesjährigen Tarifrunde haben die Arbeitgeber wie schon so oft verlauten lassen, dass eine Lohnerhöhung schwierig wird, da die Nato im Krieg ist und ein schwaches Wirtschaftswachstum zu erwarten ist. Ohne Krieg und Krise hätten sie andere Gründe gefunden, das zu behaupten.

Mitte März verkündet die Werkleitung, vom 3. 4. bis zum 2. 5. etwa 300 Beschäftigte in Urlaub zu schicken wegen des Rückganges der Produktion. Der Grund liegt hauptsächlich in Absatzschwierigkeiten. Das wiederum hängt zutiefst mit den hohen Zinsgebühren der Zentralbank zusammen.

Zur Lage bei Daimler-Truck in Campinas

Hier im Werk Campinas haben wir im letzten Jahr erfolgreich die bei uns gesetzlich vorgesehene Gewinn- und Ergebnisbeteiligung ausgehandelt: Bis 2024 erhalten wir nun unabhängig von den Umsatzzahlen einen Festbetrag, der anhand der Teuerungsrate jährlich angepasst wird.

Probleme bereiten uns die Krankschreibungen, die vom werksärztlichen Dienst systematisch in Frage gestellt werden. Wer z.B. ein ärztliches Attest vorlegt und für 10 Tage arbeitsunfähig ist, muss sich nach 5 Tagen einer Überprüfung durch den werksärztlichen Dienst unterziehen. Bei Nichterscheinen wird die Lohnfortzahlung in diesem Fall auf fünf Tage begrenzt.

Unsere Tarifrunde beginnt jedes Jahr am 1. September. In diesem Jahr werden wir in den Tarifverhandlungen darauf drängen, die Gewinnbeteiligung zu steigern und die Klauseln unseres Tarifvertrags zu verlängern. Schließlich geht es neben Lohnerhöhungen immer darum, Arbeitnehmer: innenrechte zu verteidigen und weiter auszubauen.

30 bis 35 % der bei uns gelagerten Teile gehören zu Mercedes-Benz Cars & Vans. Durch die Verlagerung dieser Teile an den Standort Limeira werden wir etwa ein Drittel unseres Volumens verlieren. Viele fürchten um ihren Arbeitsplatz und auf unsere Gewerkschaft kommt viel Arbeit zu.

Wir kämpfen auch gegen die drohende Fremdvergabe am Standort Campinas. In São Bernardo ist sie bereits erfolgt. Dort hat die örtliche Gewerkschaft sich auf Verhandlungen mit dem Unternehmen eingelassen und der Fremdvergabe letztlich zugestimmt. Wir werden das Thema mit der Standortleitung in Campinas diskutieren, die Pläne des Unternehmens analysieren, mit den Kolleg:innen besprechen und uns jeder Form von Fremdvergabe innerhalb des Werks widersetzen.

Rosemil Gabriel, Sidalino Orsi Junior Metallarbeitergewerkschaft Campinas und Umland

Am 12. September unterstützten die KollegInnen durch eine Arbeitsniederlegung die KollegInnen im Werk São Bernardo gegen die vorgesehene Massenentlassung.

Bei Daimler-Truck in Juiz de Fora

Wie in São Bernardo wird auch in Juiz de Fora die Produktion vom 3. April bis zum 2. Mai zurückgefahren. Das hat mit den Absatzschwierigkeiten zu tun, die durch die hohen Zinsgebühren der Zentralbank verursacht werden. Der mit 13,75 % weltweit höchste Zinssatz hat unser Land in eine tiefe Rezession gestürzt.

Anbei die Zusammenfassung der Sitzung mit der Werkleitung Juiz de Fora: Im Durchschnitt sollen 250 bis 300 Kolleg:innen in Zwangsurlaub geschickt werden. Die zweite Schicht wird komplett eingestellt. Das bedeutet aber nicht, dass alle aus der zweiten Schicht zuhause bleiben werden. Das Unternehmen wird versuchen, einen Teil der 2. Schicht anderweitig einzusetzen. Des Weiteren laufen alle befristeten Verträge aus. Wahrscheinlich schon zum 2. Mai. Die gesetzlich vorgesehenen Leistungen werden gezahlt. Damit wird die 3. Schicht komplett eingestellt. Da Details noch unklar sind, werden wir vor Ort, im Werk, mit den Kolleg:innen klären, wie dieses Personalabbauprogramm konkret aussehen wird.

In der Vergangenheit haben wir die Tarifverhandlungen bei Mercedes separat geführt und immer im Mai aufgenommen. Angesichts der Lage haben wir die Belegschaft darum gebeten, dieses Mal erst im September mit allen anderen Metalller:innen unserer Gewerkschaftsbasis in Verhandlungen einzutreten. Da die 1. und 2. Schicht bereits zugestimmt haben, werden wir dieses Jahr also erst im September verhandeln. Soweit zur Lage in Juiz de Fora.

Ricardo Farinelli de Lima, Vorstand der Metallgewerkschaft Juiz de Fora

Aus den BASF-Werken

BASF Guaratinguetá: Im Werk in Guaratinguetá gibt es immer wieder Anlass zu Klagen, wie die örtliche Chemiegewerkschaft feststellt.

Fremdfirmen-Mitarbeiter beklagen, dass sie nicht die Bäder des Werkes zum Waschen und Umkleiden benutzen dürfen. Oder dass der Vertrag über die medizinische Versorgung nicht funktioniert. Und dass man den Firmen Regelverstöße durchgehen lässt.



BASF-Mitarbeiter beklagen die schlechte Situation in den Kantinen: lange Schlangen, mangelhafte Hygiene, Essenskomponenten fehlen. Wegen der langen Wartezeit kommt man dann nicht rechtzeitig aus der Pause zurück. Und auch bei BASF-Mitarbeitern gibt es Probleme, weil ein Krankenhaus aus der vertraglich vereinbarten Versorgung ausgestiegen ist.

Werk Demarchi: BASF will Zulagen angreifen
Die Werksleitung des BASF-Werkes Demarchi (São Bernardo, SP) informierte die Gewerk-

schaftsvertreter, dass sie die Verpflichtung zur Zahlung einer Gefahrenzulage überprüfen will. Es geht um die Abteilungen Suvinil, Logistik, Labore u.a. Seit ihrer Einführung 1989 gebe es Verbesserungen, das Risiko von Brand, Explosion oder elektrischem Schlag bestehe bei einigen Arbeitsplätzen nicht mehr.

Die Gefahrenzulage entspricht 30% eines Monatslohns und wurde 1989 nach harten Auseinandersetzungen eingeführt. Ohne Beteiligung der Gewerkschaft untersuchte damals ein Unternehmensgutachter die Arbeitsplätze. Ergebnis: nur wenige Beschäftigte sollten diese Zulage bekommen. Die Antwort war ein fünftägiger Streik im Werk! Dann machte die BASF einen Rückzieher und stimmte einer gemeinsamen Untersuchung zu. Und nach einer neuen Streikdrohung wurde vereinbart, dass alle Beschäftigten die Zulage bekommen.

Die jetzige Ankündigung wird von den Kollegen/innen als Angriff auf ihren Lebensstandard gesehen und als Versuch, die Belegschaft zu spalten.

Die Gewerkschaft hat jetzt ein Team von eigenen Fachleuten gebildet und wird die Bewertungen und Sitzungen begleiten. Sie besteht darauf, dass Arbeit in einem Chemiebetrieb immer eine gefahren geneigte Tätigkeit ist. Und wer die Geschichte dieser Zulage kennt, sollte wissen: wer daran rührt, spielt mit dem Feuer. Deshalb: Hände weg!

Gewerkschaften: Neue Chancen und Herausforderungen

Seit einigen Jahren erleben wir eine vorher nicht gekannte gute Zusammenarbeit der verschiedenen Gewerkschaftsdachverbände. Das begann mit der Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen am 1. Mai. Seitdem hat sich diese Art der Zusammenarbeit fortgesetzt und vor allem auch in der Zeit des Wahlkampfes im letzten Jahr.

Nach dem Sieg von Lula bei der Präsidentschaftswahl hat sich das immer wieder gezeigt. Zum Beispiel **am 9. Januar**, einem nationalen Tag für die Demokratie. Anhänger von Bolsonaro hatten am 8. Januar Einrichtungen der Regierung erstürmt und an verschiedenen Gebäuden gewaltigen Schaden angerichtet. Tags drauf versammelten sich im ganzen Land zigtausende Menschen auf den Straßen und Plätzen, um für die Erhaltung und Förderung der Demokratie zu protestieren, die von den oppositionellen Kräften angegriffen worden war.

In all den Wochen nach den Wahlen zeigten sich neue Möglichkeiten der gemeinsamen Arbeit mit Regierungsinstanzen. Lula hatte das von Bolsonaro abgeschaffte Arbeitsministerium wieder eingeführt und mit **Luiz Marinho einen ehemaligen Gewerkschafter als neuen Minister für Arbeit und Beschäftigung** ernannt. Bei seiner Einführung waren auch einige Präsidenten von gewerkschaftlichen Organisationen anwesend.



Eine weitere gute Zusammenarbeit unter den Gewerkschaften und mit den Sozial - Bewegungen ergab sich im **Kampf gegen die Finanzpolitik, vor allem gegen die hohen Zinssätze**. Diese waren von der Leitung der Zentralbank, zu Bolsonaros Zeiten ernannt, auf 13, 75% festgelegt worden und können erst nach zwei weiteren Jahren verändert werden; denn der Leiter der Bank war durch den Vorgänger von Lula für vier Jahre eingesetzt worden. Der hohe Zinssatz hat natürlich negative

Konsequenzen für die Bevölkerung, aber auch für die Wirtschaft des Landes. Das erweist sich z. B. als sehr negativ für die Autoindustrie. Mercedes hat Absatzschwierigkeiten und muss einen großen Teil seiner Beschäftigten für den ganzen Monat April in Sonderurlaub schicken. Ähnlich wie VW, Toyota, Scania und andere Betriebe. Am 21. März wurde dagegen landesweit protestiert. Auch hier zogen die Gewerkschaftsdachverbände und Sozialbewegungen an einem Strick.

Die Gewerkschaften sind sehr engagiert in dem Problem der Einführung einer neuen Art der Industrie. Unter dem Stichwort „**Industrie 4. 0**“ finden Seminare und Studientage statt, in denen die Veränderung von Produktionsarten, vor allem der Digitalisierung durchdacht werden. Die Wiederbelebung von Brasilien als Industrieland darf nicht ohne die Arbeitnehmervertretungen vonstattengehen.

In diesen Frühjahrswochen werden **in den Betrieben die gewerkschaftlichen Vertretungen gewählt**. Die dann gewählten Gremien werden Ende April die Leitungen der örtlichen Gewerkschaften bestimmen. Die Wahlbeteiligung war erstaunlich hoch.

Die **Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anderer Länder** wird weiterhin vorangetrieben. Vor kurzem trafen sich Gewerkschafter aus den USA im Gewerkschaftshaus der Metaller in Brasilien.

Im Kampf um **den neuen Mindestlohn** greift die Gewerkschaft ein. Der aktuelle von Bolsonaro festgelegte Mindestlohn beträgt 1 302 R\$. Im ersten Vorschlag hat Lula 1 320 genannt (240 Euro). Das ist für die Gewerkschaft nicht genug. Sie will 1 382 R\$. Im April hat es eine wichtige Versammlung mit Regierungsvertretern gegeben. Zum 1.Mai wird der neue Mindestlohn dann bekannt gegeben.

Ein weiterer Kampf geht um die Errichtung **eines nationalen Tarifvertrags**. So sollen nicht nur die Beschäftigten von Betrieben mit einer guten gewerkschaftlichen Vertretung gute Löhne erhalten, sondern alle.

Wichtig ist bei der Zusammensetzung der Parlamente, dass die Sozialbewegungen und die Gewerkschaften eine gute Kraft entwickeln, damit die für das Volk entscheidenden Veränderungen durchgesetzt werden können.

Was erwarten Arbeitnehmerinnen von der Regierung Lula?

Didice Godinho Delgado¹

Die Wahl von Lula Ende 2022 hat Erleichterung und Hoffnung für große Teile der brasilianischen Gesellschaft hervorgerufen, darunter auch für Frauen, die mehrheitlich für den neuen Präsidenten gestimmt hatten. Junéia Batista, das für Arbeitnehmerinnen zuständige Vorstandsmitglied der CUT, fasst die Erfahrungen der vier Jahre unter der rechtsradikalen Regierung Bolsonaro folgendermaßen zusammen: „Neben drastischen Kürzungen der Ressourcen zum Schutz von Frauen, konnten wir beobachten, wie Machismo und Frauenfeindlichkeit, de facto begünstigt durch den Präsidenten, enorm anstiegen“.²

Lula schuf ein Ministerium für Frauen und ernannte elf Ministerinnen, was knapp 30 % des Kabinetts entspricht und den höchsten Anteil von Ministerinnen in der Geschichte des Landes darstellt. Am 8. März, dem ersten Internationalen Frauentag unter der neuen Regierung, gingen Frauen aus Gewerkschaften, feministischen Organisationen und sozialen Bewegungen zur Verteidigung der Demokratie, gegen sexistische Gewalt und Rassismus, für gleiche Bezahlung, mehr Kindergärten und Fürsorge- und Betreuungspolitiken sowie andere Forderungen auf die Straße.



Frauen für Demokratie - Wirtschaftliche Selbstständigkeit – Gute Arbeit

8. März 2023, São Paulo. Foto: Roberto Parizotti.

Bei einer Zeremonie im Präsidentenpalast, mit Repräsentantinnen der Frauen- und feministischen Bewegungen, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus ganz Brasilien kündigten die Ministerin für Frauen, Cida Gonçalves und Präsident Lula gemeinsam ein Maßnahmenpaket an, das die

Verpflichtung der Regierung zu einer Gleichstellungspolitik fest schrieb. "Nichts, absolut nichts rechtfertigt die Ungleichheit der Geschlechter. Möglicherweise findet sich die Erklärung in der Angst der Männer, von Frauen überflügelt zu werden" hob Lula hervor.

Viele der angekündigten Maßnahmen beziehen sich auf die Überwindung der Gewalt gegen Frauen, die von der Regierung als eine Priorität gesehen wird. Laut den Daten des brasilianischen Forums für öffentliche Sicherheit kam es allein im ersten Semester 2022 im Durchschnitt zu vier Femiziden pro Tag, also zur Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Seit 2019 kommt es zudem zu einem kontinuierlichen Anstieg von Femiziden.³

Im Bereich der Arbeitsbeziehungen ließ die Regierung dem Kongress die ILO-Konvention 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, sowie die Konvention 156 über die Chancengleichheit und die Gleichbehandlung männlicher und weiblicher Arbeitnehmer mit Familienpflichten zur Ratifizierung zukommen. Außerdem ließ die Regierung dem Kongress eine Gesetzesvorlage zur Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen bei gleichen Funktionen zukommen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist zwar in der Gesetzgebung vorgesehen, jedoch angesichts der eklatanten Widersprüche zwischen Gesetz und Realität, entschied sich die Regierung für eine verschärfte Formulierung in Bezug auf Transparenz und Kontrolle. Erwähnenswert ist auch die Wiederaufnahme des Baus von 1200 Kindergärten, der unter der vorangegangenen Regierung zum Erliegen gekommen war.

Natürlich reicht das nicht, aber es ist ein guter Anfang. Marli Melo do Nascimento, das für Frauen zuständige Vorstandsmitglied der nationalen Metallgewerkschaft der CUT (CNM), zeigt sich sehr zufrieden! "Dieser 8. März war ein historischer Tag im Kampf der Arbeitnehmerinnen", lautete das Fazit der Gewerkschafterin.⁴

¹ Brasilianerin, ehemalige Gewerkschaftsführerin, Gründungsmitglied der Frauenorganisation der CUT. Vorstandsmitglied des Lateinamerikaforum e.V. (LAF), lebt in Berlin.

² <https://www.cut.org.br/noticias/8m-reconstrucao-de-politicas-para-as-mulheres-e-foco-de-luta-no-8-de-marco-c2f3>

³ <https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2022/12/violencia-contra-meninas-mulheres-2022-1sem.pdf?v=2>

⁴ Interview zu diesem Artikel.

Alle 8 Tage eine Maßnahme für die Ärmsten

Die Regierung von Präsident Lula (PT) hat in den ersten Monaten ihrer Amtszeit acht Sozialleistungen unterzeichnet oder angekündigt. Im Durchschnitt wurde alle 7,6 Tage eine Maßnahme zugunsten der ärmsten Brasilianer angekündigt. Hier einige Beispiele:

- **Kraftstoffe** Am 28. Februar wurde die Verlängerung der Steuerbefreiung für Kraftstoffe angekündigt, die bei Benzin und Ethanol teilweise rückgängig gemacht wurde.

- **Bolsa Família von R\$ 600** – Am 2. März kündigte die Lula-Regierung das neue Format des Programms an, dessen Zahlungen am 20. dieses Monats beginnen. Um Verzerrungen zu korrigieren, wird die Regierung zusätzliche R\$ 150 pro Kind bis zu sechs Jahren zahlen, um der frühen Kindheit besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Eine zweite Leistung, genannt „Variable Familienhilfe“, bietet zusätzliche R\$ 50 für jedes Familienmitglied zwischen sieben und 18 Jahren und für schwangere Frauen. Damit können etwa 700.000 Familien dem Programm neu beitreten. Die Prognose ist, die Warteschlange bis Ende dieses Jahres abzubauen.

(Quelle: Webseite der CUT mit digitaler Unterstützung übersetzt.)

- **Gashilfe** – Am 13. Februar begann die Regierung, eine Gashilfe von R \$ 112 zu zahlen, ein Wert, der etwas höher ist als die durchschnittlichen Preise, die im Land für einen Kanister von 13 Kilogramm berechnet werden. Der kostet rund 110 R\$.

- **Minha casa minha vida** (Mein Haus, mein Leben) Die Wiederaufnahme des Programms, das von der Regierung Bolsonaro (PL) abgeschafft worden war, war eine gute Nachricht für diejenigen, die von ihrem eigenen Zuhause träumen, und für Bauarbeiter und Unternehmer. Ziel der Regierung ist es, in vier Jahren zwei Millionen Wohnungen zu bauen, was voraussichtlich acht Millionen Arbeitsplätze im Bau-sektor schaffen wird.

- **Mindestlohn** Die Regierung wird die nationale Untergrenze auf R\$ 1.320 erhöhen. Die CUT verteidigt einen Mindestlohn von 1.382, 71.

- **Einkommensteuer** Die Regierung erhöhte den Befreiungsbereich auf bis zu R\$ 2.640 pro Monat.

- **Maßnahmen im Zusammenhang** mit der Bekämpfung von **Gewalt gegen Frauen**, wie der Bau von brasilianischen Frauenhäusern im ganzen Land, Politik des Programms "Frauen leben, ohne Gewalt". Diese Aktion wird vom Frauenministerium in Partnerschaft mit dem Ministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit durchgeführt.

Bundesgartenschau in Mannheim vom 14.04. – 08.10.2023

auf dem Spinelli-Gelände: Aktionsstand „Weltacker“ vom Eine-Welt-Forum

Auf der Bundesgartenschau entsteht gerade auf einer 2000 m² großen Fläche ein Weltacker. Der Weltacker orientiert sich am Konzept der Zukunftsstiftung Landwirtschaft aus Berlin: Würden wir die weltweite Ackerfläche gerecht durch die Zahl der Menschen auf der Erde teilen, so erhielte jeder Mensch 2000 m². Darauf muss wachsen, was uns ernährt und versorgt: Weizen für Brot, Karotten, dazu Mais und Soja als Futterpflanzen für Tiere, aber auch Zuckerrüben für den Zucker im Tee oder Kaffee, Baumwolle für T-Shirts, Sonnenblumen für Speiseöl sowie Raps für Biodiesel. Auf unseren 2000 m² auf der Bundesgartenschau in Mannheim bauen wir maßstabsgetreu das an, was weltweit auf den Ackerflächen steht.



Mit dem Weltacker schaffen wir eine einmalige Erlebniswelt, die als interaktiver Bildungsort Themen globaler Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit an verschiedenen Lernstationen (be-)greifbar macht. Im Fokus stehen Landwirtschaft, Nahrung, globale Ernährungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Sie bietet uns hierbei die große Chance, sehr viele Menschen mit unserem Projekt zu erreichen und diese dafür zu gewinnen, sich für eine nachhaltige Transformation in ihrem Alltag, aber auch auf politischer Ebene einzusetzen.

Der Arbeitskreis „Solidarität mit Brasilianischen Gewerkschaften“ ist Mitglied im „Eine Welt Forum“. Wir beteiligen uns bei dem Programm auf dem Weltacker, insbesondere am 6. Mai zum Projekt der Landlosenbewegung MST in Brasilien. Dabei wird uns der Brasilianer Joao Carlos aus Tübingen unterstützen. Am Sonntag, den 18. Juni kommt der Biobauer Wolfgang Hees aus Eichstätt.

Unwetter-Katastrophe kostet über 65 Menschenleben

Am Karnevals-Wochenende 18. und 19. Februar 2023 gingen an der Küste des Bundesstaats São Paulo Regenmengen in einem nie zuvor gemessenen Ausmaß nieder. Die Folgen waren Überschwemmungen, Erdbeben, Zerstörung und Tod. Besonders die Favela Vila Sahy in der Stadt São Sebastião war betroffen. Allein dort hat man innerhalb einer Woche nach den Unwettern 64 tote Menschen gefunden. Über 2000 Menschen sind im Bundesstaat obdachlos geworden.

An der nachfolgenden großen Spendenaktion (Medikamente, Trinkwasser, Nahrungsmittel usw.) beteiligten sich auch die Gewerkschaften.



MetallerInnen aus der ABC-Region sammeln für die Opfer, eine Lebensnotwendige Unterstützung für die Betroffenen.

Eine angekündigte Tragödie

Wie der Gewerkschafts-Dachverband CUT am 27.02. veröffentlichte, gab es zweimal ernsthaftige Warnungen vor einer derartigen Katastrophe.

2017 war ein technisches Gutachten des Ministério Público Federal (eine Landesaufsichtsbehörde) erstellt worden, das vor Erdbeben bei diesen ungenehmigten Ansiedlungen warnte.

Und 2021 ähnlich: der Ort wird als extrem gefährdet bezeichnet. Es handele sich um irreguläre Besetzungen durch arme Familien auf ungeeignetem Grund und Boden sowie ohne öffentliche Infrastruktur.

Aber niemand reagierte. Seit 2013 hat die Stadt São Sebastião keinerlei Mittel mehr vom landeseigenen Zivilschutzamt erhalten. Auch benachbarte Städte haben seit 2010 kein Geld für den Schutz vor Naturkatastrophen erhalten.

Also eine angekündigte und verhinderbare Katastrophe, die aber niemand verhindert hat. Und die Opfer sind arme Familien.

(Quelle: Veröffentlichung der CUT am 23.02.23, geändert am 27. Februar 2023.)

Alle Informationen auf den Tisch!

Deutsche Bahn an Großprojekt in Brasilien beteiligt

Die Deutsche Bahn hat mit dem Projektunternehmen Grão-Pará Multimodal (GPM) sowie der Bahn-Consulting Sysfer einen Vertrag zum Bau einer neuen Bahnlinie sowie eines Tiefseehafens auf der Ilha do Cajual bei der Halbinsel Alcântara im Bundesstaat Maranhão unterzeichnet. Die Bahntochter DB E.C.O.Group wird mit GPM zusammen das Projekt entwickeln und die Eisenbahn später zusammen mit Sysfer betreiben.

Es handelt sich um ein großes Projekt mit geschätzten Kosten von 3,5 Mrd. Euro. Die Bahnlinie soll eine Länge von 520 km haben. Es sollen Eisenerz aus der Eisenerzmine Carajás, sowie Soja und Weizen zum neugeplanten Tiefseehafen Alcântara TPA transportiert werden.

Viele offene Fragen

Aus sozialer und ökologischer Sicht stellen sich viele Fragen. Unklar ist, ob es bislang eine Umweltverträglichkeitsprüfung gab. Das ganze fragliche Gebiet ist nämlich ein Schutzgebiet der Kategorie „Area da Proteção Ambiental“. Wie ein Eisenbahnbau damit vereinbar ist, muss erstmal noch belegt werden. Zweitens muss geklärt werden, welche Auswirkungen diese geplanten riesigen Transportkapazitäten auf den Soja- und Weizenanbau und ggfs. neue Landkonflikte hat.

Bereits jetzt ist das Munizip Alcântara berüchtigt für einen Landkonflikt der dort seit Generationen lebenden traditionellen Gemeinschaften der Quilombolas und dem Gelände des Weltraumbahnhofs der brasilianischen Luftwaffe. Bevor die Deutsche Bahn an dem Projekt weiter mitarbeitet, müssen diese Untersuchungen gemacht werden und alle Informationen auf den Tisch!

(Quelle: Ch. Russau in einer Veröffentlichung des Dachverbands der Kritischen Aktionäre am 10.02.2023)

Drei Jahre nach dem Dambruch in Brumadinho

Am 25. Januar 2019 brach der Damm am Rückhaltebecken der Firma Vale in Brumadinho (MG). Dort wurden, wie an anderen Stellen auch, Abfallschlämme des Eisenerz-Abbaus zurückgehalten. Der Dambruch tötete 270 Beschäftigte und Anwohner und löste eine Umweltkatastrophe aus.



Drei Jahre später berichten Betroffene:

- Niemand von der Firma Vale wurde festgenommen
- Sechs Menschen sind immer noch nicht gefunden
- Die Umweltfolgen bestehen weiter, die Entschädigungen reichen bei weitem nicht
- Das Modell der Abfallbeseitigung im Erzabbau hat sich nicht geändert
- Nur 14 Kontrolleure sind in Minas für 350 Dämme zuständig.

TÜV Süd trägt Mitverantwortung

Die beiden Zivilklagen auf Entschädigung der Opfer gegen die deutsche Firma TÜV Süd kommen nur langsam voran. Nach Erkenntnissen der brasilianischen Staatsanwaltschaft hat TÜV Süd zweimal wieder besseres Wissen die Betriebssicherheit des Damms attestiert: Wenige Monate bevor der Damm brach. Die Zulassung einer Strafklage gegen TÜV Süd ist noch nicht entschieden.

Wann bricht der nächste Damm?

In der Nähe des gebrochenen Damms in Brumadinho gibt es einen gleichartigen Damm der Firma Mineração Morro do Ipê SA. Nach neuesten Erkenntnissen ist dieser Damm stärker bruchgefährdet als bisher angenommen. Die Warnstufe musste erhöht werden.

Im vergangenen Jahr hatte sich die Firma verpflichtet, alle Dämme zurückzubauen, die nach diesem selben Verfahren errichtet wurden. Bisher geschah nichts.

Unmittelbar nach dem Dambruch vor drei Jahren hatte Bolsonaros Umweltminister verfügt, die bruchanfälligsten Dämme bis 2021 zurückzubauen. Später wurde diese Verpflichtung wieder gelockert und der Termin auf August 2023 verschoben. Jederzeit kann sich eine neue Katastrophe ereignen.

Quelle: Christian Russau in „Gegenströmung“, 20.02.2023 und: Jornal Brasil de Fato, 25.01.2022

Zukunft von Kindern gefährdet

Vertiefte soziale Spaltung während Corona

Durch ihre kriminelle Tatenlosigkeit gegenüber Corona hatte die Bolsonaro-Regierung die Zukunft einer ganzen Generation gefährdet. Im Jahr 2020 ist an den Vor- und Grundschulen Brasiliens der Präsenzunterricht an 178 Tagen ausgefallen. In manchen Gegenden haben Kinder zwei Jahre lang keine Schule betreten. Dort wo Fernunterricht angeboten wurde, sind arme Kinder besonders benachteiligt. In abgelegenen Gegenden gibt es oft kein Internet. Oder mehrere Geschwister müssen sich ein Handy teilen, um Schulaufgaben zu machen. An Home-PCs nicht zu denken.

Während der Corona-Krise stieg oft die Not armer Familien. Schulen boten kein Mittagessen mehr an. Kinder gingen zum Betteln auf die Straße. Auf dem Land arbeiteten sie auf den Feldern mit, litten Hunger oder waren häuslicher Gewalt ausgesetzt. Selbst Zwölfjährige können teilweise kaum lesen oder schreiben. Die Zahl von Schulabbrechern hat sich vervielfacht.

Die Fortschritte bei den Corona-Impfungen führen inzwischen zu deutlich weniger Erkrankungen. Schulen kehren allmählich zum Normalbetrieb zurück. Aber Hunger und Obdachlosigkeit sind noch auf unerträglich hohem Niveau. Es wird noch dauern, bis Maßnahmen der Lula-Regierung Wirkung zeigen gegen das schlimmste Elend.

Humanitäre Katastrophe bei den Yanomani-Indigenen

Seit dem Regierungswechsel am 1. Januar 2023 geht das Umweltministerium wieder gegen illegale Goldgräber in Amazonien vor. Derzeit verstärkt im Gebiet der Yanomani an der Grenze zu Venezuela. Rund 35 000 Indigene sollen dort leben.

Dabei wurde klar, dass sich bei den Yanomani eine humanitäre Katastrophe abspielt. Man traf auf Kinder mit Hungerbäuchen und bis auf die Knochen abgemagerte alte Menschen. Viele Menschen sind unterernährt. Hunderte von Kindern starben an heilbaren Krankheiten, die oft von den Goldgräbern eingeschleppt werden. Bis zu 20 000 illegale Goldgräber sollen das Gebiet der Yanomani belagert haben.

Die Goldgräber setzen bei ihrer Arbeit Quecksilber ein, das den Goldstaub binden soll. Die Reste landen im Fluss und vergiften die Fische. Im menschlichen Körper führt Quecksilber zu lebenslangen Nervenschäden. Zehntausende Indigene werden schleichend vergiftet.

Dass die Situation so eskalieren konnte, liegt an der vormaligen Regierung. Bolsonaro hat die Hilferufe der Yanomani bewusst ignoriert. Er wollte die Schutzgebiete öffnen und den illegalen Bergbau legalisieren. Kontrollbehörden wurden handlungsunfähig gemacht. Der illegale Bergbau explodierte förmlich. Bei einem ersten Besuch im Krisengebiet sprach Lula von einem vorsätzlichen Verbrechen, einem Völkermord.



Erste Gegenmaßnahmen

Lulas Regierung rief den Notstand aus. Die Luftwaffe fliegt Lebensmittel in das Gebiet ein. Auch Malaria-Impfstoffe werden eingeflogen. Man beginnt, die von der Bolsonaro-Regierung abgebauten Gesundheitseinrichtungen wieder funktionsfähig zu machen. Gleichzeitig geht das Umweltministerium gegen die Goldgräber vor. Oft werden deren Camps, ihre Flugzeuge und

Bagger in Brand gesetzt. Einige Goldgräber sind schon abgewandert, aber viele halten sich weiterhin im Gebiet auf. Und man befürchtet, dass man die Goldgräber lediglich in andere indigene Gebiete verdrängt.

Ein langwieriger Kampf

Es wird lange dauern, bis die Strukturen wieder aufgebaut sind, die unter Bolsonaro zerschlagen wurden. Außerdem ist der Goldhandel ein Milliardengeschäft. Die Aufkäufer arbeiten auch mit einflussreichen Hinterleuten im Ausland zusammen. Und die weltweite Nachfrage nach Gold steigt.

Es wird auch lange dauern, bis die Zehntausende von illegalen Goldgräbern aus den Schutzgebieten vertrieben sind. Erstmals wurden jetzt auch Bergbauanträge im Gebiet der Yanomani abgelehnt.

Kehrtwende in der Umweltpolitik

Alle derartigen staatlichen Maßnahmen sind auch Teil der Kehrtwende in der Umweltpolitik, die die Regierung Lula beabsichtigt.

Das Umweltministerium stellt bereits Videos ins Netz, wie sie Razzien durchführen, Goldgräbercamps in Brand setzen usw. Aber die Umweltbehörde braucht erstmal wieder qualifiziertes Personal, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Und die Aufgaben sind riesig. In manchen Schutzgebieten wurden aus Camps bereits Siedlungen, wurden Landepisten in den Urwald geschlagen, Schmuggel und Wilderei finden statt.

Kampf der Abholzung

Es gilt außerdem, die weitere Abholzung und Brandrodung zu stoppen. Bis 2030 soll der Kahlschlag auf null sinken. Aber in den ersten Monaten der Lula-Regierung hat er noch zugenommen.

In Brasilien leben heute mehr Rinder als Menschen. Und die Agrarindustrie hat ungeheuer an Einfluss gewonnen. Das Land gehört heute den größten Rindfleisch- und Sojaproduzenten der Welt. Immer mehr Wald fällt den Feldern und Weiden zum Opfer. Ein gigantisches Geschäft, das von mächtigen Menschen gemacht wird. Und im Kampf dagegen sind nur erste, kleine Schritte gemacht.

Quellen: Christoph Gurk „Rückkehr der Regenwald-Retter“ Südde. Zeitung 1. März 2023
Niklas Franzen „Das Umweltministerium ist zurück“ taz, 13.02.2023

Die Bewegung der Landlosen MST feiert 40 Jahre

Die Bewegung der Landlosen in Brasilien ist ein Zusammenschluss von Menschen, die an Landwirtschaft interessiert sind, aber kein Land dafür zur Verfügung haben. Sie haben sich zusammengetan, um nichtbebautes Land zu besetzen, dort dann Gemeinschaften zu gründen, Schulen für die Kinder zu errichten, Lebensmittel zu erzeugen für den eigenen Verbrauch oder auch für den Verkauf auf Märkten. Inzwischen sind auf diese Weise im Laufe der Jahre mehr als 150 000 Familien zu Grund und Boden gekommen.



Treffen der Nationalen Koordination der Bewegung

In Laufe dieses Jahres wird die Landlosenbewegung MST ihr 40-jähriges Bestehen feiern. Ende Januar versammelten sich 450 Delegierte der Bewegung aus ganz Brasilien zu einem mehrtägigen Kongress in Luziana. Sie verabschiedeten einen „**Brief an das brasilianische Volk.**“ Hier einige Abschnitte aus diesem Brief:

„Wir haben auf den Straßen und an den Wahlurnen einen großen Sieg für das brasilianische Volk errungen, indem wir Lula zum Präsidenten gewählt haben. Wir besiegten die Betrüger von 2016, den Vormarsch der extremen Rechten, die militärische Bevormundung. Und das faschistische Projekt, das den brasilianischen Staat in den letzten Jahren hegemonisiert hat. Wir haben eine wichtige Schlacht gewonnen, aber wir wissen, dass der Kampf weitergeht.“

Angesichts dieser Herausforderungen bekräftigt der Nationale Kongress in Luziana seine Verpflichtungen.

Wir verpflichten uns, Solidarität zu pflegen und die notwendige Organisation unseres Volkes aufzubauen.

Wir werden unseren Plan fortsetzen, Bäume zu pflanzen und gesunde Lebensmittel zu produzieren.

Wir werden den Kampf für die Bildung des Volkes in Alphabetisierungskampagnen und in den Prozessen der politischen Bildung und der Ideenkämpfe an die erste Stelle setzen.

Wir verteidigen die Souveränität aller Völker und verurteilen Wirtschaftsblockaden, Militärstützpunkte, Kriege und imperialistische Aggressionen auf der ganzen Welt, die nur den Markt für die Rüstungsindustrie garantieren und Tote verursachen.

Wir werden uns allen anschließen, die die ursprünglichen Völker verteidigen und die Abgrenzung der Quilombolas und des indigenen Landes fordern, damit sich die Tragödie, mit der das Volk der Yanomani konfrontiert ist, nicht wiederholt.

Der Kampf ist unsere Stärke!! Organisation ist unser Feld und eine gerechte, solidarische und sozialistische Gesellschaft unser Weg. Es lebe der Kampf für die Volksagrarreform. Es lebe das legitime Recht der Völker, die Latifundien zu besetzen und die Zäune der Zerstörung zu durchbrechen. Wir werden weiterhin vorsichtig vorgehen, auf die 40 Jahre MST zu. Kämpfen!!! Baut eine Volksagrarreform auf“

(Quelle: Website des MST, mit digitaler Unterstützung übersetzt.)

Unsere Gruppe ist Mitglied bei den Freunden des MST, die hier in Deutschland eine regelmäßige Zusammenarbeit und gegenseitige Besuche organisieren. Bei der Bundesgartenschau in Mannheim informieren am 6. Mai auf dem „Weltacker“ vom „Eine Welt Forum“ unser AK und ein Brasilianer über die Aktivitäten der MST - Landlosenbewegung.

MTST-Abgeordnete: Mit dem Volk für das Volk

von Monika Ottermann, Aktivistin der Wohnungslosenbewegung MTST

MTST ist eine Sozialbewegung, und der Entschluss, Leute von uns als Kandidat*innen für ein politisches Amt aufzustellen, war Frucht langer Abwägungen und eine riesige Herausforderung. Aber wir haben es geschafft! Ende 2022 wurde unser Nationalkoordinator Guilherme Boulos der meistgewählte Abgeordnete des Bundesstaates São Paulo für den Nationalkongress, und Ediane Maria, Koordinatorin einer Grundstücksbesetzung nahe São Paulo, kam als 8. von 94 Abgeordneten ins Landesparlament.

Beide kandidierten innerhalb der PSOL (Partei Sozialismus und Freiheit) und verpflichteten sich im Wahlkampf auf die Anliegen von peripheren Menschen, dem „einfachen Volk“. Boulos vor allem mit den Themen Hunger, sozialer Wohnungsbau und Bürgerrechte insgesamt; Ediane als schwarze Arbeitsmigrantin und langjähriges „Hausmädchen“ in sklavenähnlichen Verhältnissen mit Fokus auf dieser Situation und den allgemeinen Lebensbedingungen von Schwarzen und Frauen.



Abgeordnetenbüro des Volkes in Santo André, 19.3., © Mandat Guilherme Boulos

Anfang 2023 begann ihre Arbeit. Boulos reichte als erstes ein Gesetzesprojekt ein, das Modell der Solidarküchen von MTST zu einer Sozialpolitik zu machen: eine kostenlose warme Mahlzeit pro Tag für alle Bedürftigen,

ohne Bürokratie. Bei der Wiederaufnahme des von Lula eingeführten und von Bolsonaro abgeschafften Programms für sozialen Wohnungsbau ist er federführend („Mein Haus, Mein Leben“). Jedes Wochenende ist er in den Peripherien unterwegs zu Versammlungen mit allen, die ein Anliegen haben: das sogenannte *Gabinete do Povo*, das „Abgeordnetenbüro des Volkes“. Im Kongress ist er einer der aktivsten Redner, vor allem, wenn es um die Bekämpfung des Bolsonarismus geht und um die Förderung von Rechten. So prangerte er auch die Sklavenarbeit bei Volkswagen an, als Ende März eine neue Anhörung der Konzernleitung anstand, und protokollierte beim Arbeitsgericht seine Unterstützung der von deutschen Solidarorganisationen eingereichten Petition.



Antrag zur Gründung der Parlamentarischen Front, © Mandat Ediane Maria

Ediane, deren Amtsantritt erst Mitte März war, gründete die erste Parlamentarische Front zur Wertschätzung der Haus- und Pflegearbeit. Sie schreibt dazu:

„Der größte Teil dieser Arbeit wird von Frauen unbezahlt verrichtet, sodass sie oft ihr Studium oder ihre Arbeit aufgeben müssen. Ziel der Front ist, Debatten anzuregen und Maßnahmen vorzuschlagen, um Haus-, Reinigungs- und Pflegearbeit wertzuschätzen, Rechtlosigkeit zu bekämpfen und Wege zu schaffen, ihre Bedeutung für die Gesellschaft sichtbar zu machen.“

Gui und Edi, wir zählen auf Euch – und Ihr könnt auf uns zählen!

Die BRICS Friedensinitiative für die Ukraine

Burckhard Nobbe

Im April wird Präsident Lula nach China reisen: Neben den immer stärker werdenden bilateralen wirtschaftlichen Verflechtungen wird auch die Friedensinitiative der BRICS-Staaten (Brasilien, Indien, China, Südafrika) dort Gegenstand der Gespräche sein.

Brasilien hat sich – anders als Südafrika, China und Indien – bei der Abstimmung der UN am 23.02.2023 nicht enthalten und der Resolution zugestimmt, die den sofortigen russischen Truppenabzug aus der Ukraine fordert! Brasilien wird sich jedoch nicht als Kriegspartei in den Konflikt hineinziehen lassen. Das musste auch Bundeskanzler Scholz erleben, der sich bei seinem Brasilienbesuch am 30. Januar live vor laufender Kamera eine Abfuhr holte. Präsident Lula kündigte eine mit China abgestimmte Friedensinitiative an. Die Forderung nach brasilianischer Munition für die Ukraine wurde beantwortet mit Lulas Satz: „Brasilien ist ein Land des Friedens!“.

Brasilien wird keine Munition für die deutschen Gepard Panzer in der Ukraine liefern. Zur Strafe erhält Brasilien von der Bundesrepublik nun keine Genehmigung für die Ausfuhr von 28 Guarani Radpanzern auf die Philippinen. Die in Brasilien hergestellten Fahrzeuge beinhalten aus Deutschland gelieferte Teile und Lizenzen. So sieht die partnerschaftliche Zusammenarbeit aus der Perspektive klassischer

Kolonialherren aus. Analoges gilt auch für das seit über zwanzig Jahren geplante Mercosur Abkommen, zu dem die in der brasilianischen Koalitionsregierung vertretene MST (Landloseninitiative) schon gesagt hat, dass sie diesem kolonialistischen Abkommen niemals im Parlament zustimmen wird.

Auch Scholz Indienreise Ende Februar brachte nicht den Erfolg, Indien in die Allianz gegen Russland einzubeziehen und der Besuch von südafrikanischen ANC-VertreterInnen in Moskau Anfang April verheißt aus westlicher Perspektive nichts Gutes. Hingegen wird eine politische Initiative der BRICS-Staaten immer wahrscheinlicher und den Menschen in der Ukraine ist zu wünschen, dass dort nicht alle Munition aus Russland und der Nato (ob uranangereichert oder nicht) verschossen wird, die jetzt schon bestellt ist. Wünschenswert ist, dass die Waffenstillstandsverhandlungen dort wieder aufgenommen werden, wo sie der brit. Premier Boris Johnson im Frühjahr 2022 beendete mit der Ansage, die Ukraine solle eines vorschnellen Friedens wegen nicht nachteilige Bedingungen in Kauf nehmen.

Dass Brasilien in der Viererrunde eine bedeutende Rolle spielt, zeigt sich auch daran, dass die ehemalige Präsidentin Dilma Rousseff im Februar zur Präsidentin der BRICS Entwicklungsbank gewählt worden ist.

VW soll Schuld an Menschenrechts-Verletzungen anerkennen!

In Brasilien wird gegen die Volkswagen AG wegen Sklavenarbeit ermittelt. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Jahre 1974 bis 1986, als VW do Brasil die Rinderfarm Vale do Rio Cristalino betrieb. VW wollte einer der größten Rinderzüchter werden. 600 bis 1200 Wanderarbeiter waren von Subunternehmen angeworben worden. Sie waren meist mit Rodungsarbeiten beschäftigt und lebten in einem System der Schuldknechtschaft. Die Menschen waren rechtlos, durften die Farm nicht verlassen, wurden geschlagen und gedemütigt.

Der brasilianische Priester Ricardo Rezende deckte diese Zustände auf und stieß in den 80er Jahren eine polizeiliche Untersuchung an, die 2022 zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen führte. Laut Akten der Staatsanwaltschaft wusste VW über diese Menschenrechtsverletzungen Bescheid.

Die Brasilien-Initiative Freiburg führte im Frühjahr 2023 eine online-Petition an VW durch. Darin werden eine Schuldanerkennung und die Einrichtung eines Opferfonds gefordert.



Protestaktion am 29.März vor VW in Sao Paulo

Bei der Übergabe der Petition am 24. März in Wolfsburg war nur der VW-Pressesprecher zugegen. Die erneute Anhörung von VW durch die Bundesstaatsanwaltschaft in Brasilien verlief ergebnislos. VW übernimmt keine Verantwortung und zahlt keine Entschädigungen. Das Verhalten von VW ist skandalös!

Freihandel EU-Mercosul: Keine Win-Win-Situation für Wirtschaft und Umwelt in Südamerika

Von Andreas Behn, Leiter des Regionalbüros Brasilien/Paraguay der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Wird das Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosul nach über 20 Verhandlungsjahren nun unterzeichnet? Der Regierungswechsel in Brasilien hat der Schaffung einer der größten Freihandelszonen weltweit neuen Schwung gebracht: Nachdem der rechtsextreme Ex-Präsident die Regionalmacht vier Jahre lang in die Isolation trieb, gilt sein Nachfolger Lula da Silva als verlässlicher Partner in der internationalen Zusammenarbeit. „Wenn alles klappt, ist der Vertrag bis Mitte dieses Jahres unter Dach und Fach,“ erklärte Lula anlässlich des Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz in Brasilien. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften hingegen warnen vor einem weiteren Abbau von Arbeitsrechten und kritisieren, dass das Abkommen Brasiliens Rolle eines Rohstofflieferanten festschreibt.

Die Befürworter*innen des Freihandelsvertrags sind optimistisch. Unterhändler*innen aus Europa und den Mercosulstaaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay haben bereits einen unterschriftsreifen Text vorgelegt. Unternehmenskreise beiderseits des Atlantiks drängen seit langem auf eine Unterzeichnung. Seitens der EU steht der direkte Zugang zum südamerikanischen Markt insbesondere für Industrieprodukte im Mittelpunkt, auch um eine Alternative für die Exporte nach China und Russland aufzubauen. Und die südamerikanischen Flächenstaaten wollen die Absatzchancen ihres Agrarbusiness verbessern, insbesondere durch höhere Exportquoten bei Fleisch, Soja oder Mais. Gern wird dies als eine Win-Win-Situation bezeichnet, zuletzt auch von Wirtschaftsminister Robert Habeck während seines Brasilienbesuchs im März dieses Jahres.

Dennoch hält das Tauziehen um einzelne Klauseln an, und hinter den Kulissen wird weiter hart verhandelt. So will die EU noch einige Zusätze zu strengeren Umweltauflagen in das Abkommen integrieren, was von südamerikanischer Seite als unfaires Handelshemmnis kritisiert wird. Mit dem durchaus richtigen Verweis auf unzureichende Anstrengungen der EU in Sachen Klimaschutz will Brasiliens Regierung keine neuen Auflagen für die eigene Agrar- oder Bergbauindustrie, obwohl diese beiden Sektoren einen großen Teil der Verantwortung für die zunehmende Abholzung des Amazonasurwalds tragen. Und auch Lula fordert Nachverhandlungen. Beispielsweise bei der Liberalisierung im Bereich öffentlicher Aufträge, in dem Brasilien befürchtet, einer Konkurrenz europäischer Anbieter*innen nicht gewachsen zu sein.

Allerdings hat Lula derzeit keine gute Ausgangsposition für weitere Verhandlungen. Angesichts eines nur knappen Wahlsieges im vergangenen Oktober ist er auf das Wohlwollen rechter Parteien und des Unternehmertums insbesondere im Agrarbusiness angewiesen. Und auch international ist er politisch wie wirtschaftlich auf Rückendeckung angewiesen, um den nach wie vor starken rechtsextremen Kräften im Land die Stirn bieten zu können. Dies bedeutet, dass Forderungen seitens der Zivilgesellschaft nach besseren arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards sowie nach mehr sozialer Gerechtigkeit im Vertragstext bei Lula und seiner Arbeiterpartei PT zwar Gehör finden, aber angesichts des Zugzwangs nicht wirklich in Neuverhandlungen aufgenommen werden.



Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen kritisieren, dass der Freihandelsvertrag, der einen generellen Zollabbau von über 90 Prozent festschreibt, die schon bestehenden ökologischen und ökonomischen Probleme in der Mercosul-Region weiter verschärfen würden. Der industrielle Sektor, der seit Jahren schrumpft, werde weiter unter Druck geraten, Tausende Arbeitsplätze seien in Gefahr und Löhne sowie Arbeitsbedingungen dürften damit noch prekärer werden. „Die zusätzliche Nachfrage nach Agrarprodukten wird auch in diesem Sektor die Arbeitsbedingungen verschlechtern,“ sagt der Gewerkschaftsführer Quintino Severo vom Dachverband CUT voraus. Zudem sei eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise im Inland zu befürchten, so Severo.

Andererseits würde der Rückenwind für das Agrarbusiness die Ausweitung von Monokulturen und Pestizideinsatz befeuern. Die erwartete Expansion werde weitere Abholzungen zur Folge haben und die Vertreibung von Indigenen und anderen traditionellen Gemeinschaften vorantreiben – samt Menschenrechtsverletzungen und Bedrohungen von Umwelt- und Klimaaktivist*innen, kritisieren die Agrarbewegungen von *Vía Campesina*. Ein Szenario, das alles andere als eine Win-Win-Situation darstellt und auch das deutsche Streben nach einer Partnerschaft für eine grüne Energiewende in Frage stellt.

Der Arbeitskreis begleitet die Sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften auf ihrem Weg in die neue Zeit



Frederico von den Landlosen MST informiert von ihren Kämpfen
Veranstaltungen in Mannheim

Monika berichtet über die solidarischen Küchen der Wohnungslosen MTST



Am 1. Mai 22 in Mannheim:
Bolsonaro ist nun gestoppt!

Mit Lula ergeben sich neue Chancen für uns alle!



Mitglieder des AK und Freunde aus Wörth treffen sich mit den Brasilianern
Maicon und Aroaldo